

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

23.5.1928 (No. 120)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Str. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das Ausland und die deutschen Wahlen
Schiefe und falsche Auffassungen

M. Berlin, 23. Mai (Priv.-Tel.) Der „Manchester Guardian“ beschäftigt sich gestern mit den deutschen Wahlen und stellt dabei die Behauptung auf, daß die nationalen Fragen, namentlich die territoriale Festlegung Deutschlands im Osten keinerlei Auswirkung im Wahlkampf gehabt habe. Deutschland habe sich mit seiner Lage abgefunden. Da es sich hier um ein liberales Blatt handelt, das an sich Deutschland durchaus günstig gegenübersteht, muß gegen diese Auffassung energig Einspruch erhoben werden. Wenn die Frage der nationalen Selbstverteidigung, also die Zurückgewinnung verlorener Gebiete keine ausschlaggebende Rolle im Wahlkampf gespielt hat, so geschah dies, deshalb, weil das ganze deutsche Volk in dieser Auffassung einig ist, und es für jede Partei selbstverständlich bleibt, die Abänderung des Versailler Vertrags in dieser Hinsicht zu betreiben.

Sehr merkwürdig ist der Inhalt eines Artikels der offiziellen russischen „Pravda“, die es jubelnd begrüßt, daß 3 1/2 Millionen kommunistische Stimmen abgegeben worden seien, mit dem Zusatz: „Das sind Männer, die den Kampf gegen die Republik führen.“ Da die „Pravda“ ein Organ ist, das lediglich die Meinung der Regierung vertritt, so handelt es sich hier um eine Einmischung der Russen in die deutsche Politik, die deutlich genug zeigt, daß entgegen allen Beteuerungen Moskau den politischen Kampf in Deutschland weiterführt und die Zerstörung der Republik betreibt. Die polnische Presse erklärt in einer Reihe von Organen, durch den Wahlausfall sei die deutsch-französische Annäherung erleichtert worden, was nicht im Sinne Polens sei. Also auch hier Erklärungen, welche den offiziellen Versicherungen genau widersprechen.

Da schon der „Temps“ gestern etwas vorsichtig gewarnt, die Erfolge der Linken in Deutschland im Sinne der Außenpolitik zu hoch einzuschätzen, da auch die siegreichen Parteien Änderungen des Versailler Vertrages fordern, so schiebt heute morgen der sozialistische Abgeordnete Boncour den Vogel ab. Einem Mitarbeiter des auf der äußersten Rechten stehenden nationalpolitischen „Gaulois“ gegenüber erklärte Paul Boncour zu den deutschen Wahlen:

Die Eindrücke sind vom Standpunkt der Zukunft des Friedens aus unbefriedigend gut. Aber ich glaube nicht, daß die durch die Wahlen geschaffene neue Lage über folgenden Rahmen hinausgeht: Günstige Lage für eine moralische Annäherung und leichtere Verhandlungen. Die Sozialdemokraten sind Patrioten, und nicht ich werde ihnen das zum Vorwurf machen. Ich bin sogar mehr als einmal ihren Angriffen ausgesetzt gewesen, denn sie wissen, daß ich die Rheinlandräumung nicht ohne Gewährung hereditärer Komensationen, Garantien und Sicherheitspfänder ins Auge fassen könnte. Wir müssen entschlossen sein, aus den deutschen Wahlen die für Europa und die Welt sich ergebenden Vorteile zu ziehen. Ohne im geringsten ihre Bedeutung und ihre Wohlfahrt, die sie enthalten können, verringern zu wollen, wiederhole ich aber, daß die großen Schwierigkeiten fortbestehen und daß im Interesse beider Länder Vorsicht am Platze sei.

Das Urteil im Gromada-Prozess

Das polnische Bezirksgericht in Warschau fällt am Dienstag das Urteil im Prozess gegen die weißrussische nationalistische Organisation Gromada. Die ehemaligen weißrussischen Abgeordneten Taraschewicz, Michailowski, Woloschch und Miotta wurden zu je 12 Jahren schweren Kerkers, zwei Funktionäre des Zentralbüros der weißrussischen Gromada zu je 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt, acht Angeklagte zu 6 Jahren, neun zu 5 Jahren, zehn zu 4 und vier zu 3 Jahren. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Nach Verkündung des Urteils stimmten die Verurteilten ein weißrussisches Befreiungslied an. Die Polizei entfernte sie sofort aus dem Saal.

Die Gromada ist eine Vereinigung im Sinne der weißrussischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung, und sie ist innerhalb eines halben Jahres auf über 100 000 Mitglieder angewachsen. Die polnische Regierung ließ trotz der Immunität die Abgeordneten der Gromada im vorigen Jahre verhaften, wobei sie die Ausflucht gebrauchte, daß die Abgeordneten „auf der frischen Tat bei der Ausübung eines gemeinen Verbrechens getroffen worden seien“. Dieses Verbrechen habe in fortgesetztem Hochverrat bestanden. Ebenso scharf gehen die polnischen Gerichte gegen die ukrainischen Führer der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung vor. Neun von ihnen erhielten nach einem Moskoprozess in Luga lebenslängliche Zuchthausstrafen. Das oberste Gericht in Warschau hat nun diese Strafen bestätigt.

Rücktritt der griechischen Regierung. Die griechische Regierung ist zurückgetreten. Der Präsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen und, wie vorausgesehen war, Benifelos mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Gleichzeitig ermächtigte er ihn, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Letzte Nachrichten

Der Berliner Besuch Dr. Benesch

M. Berlin, 23. Mai (Tel.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat heute noch einen weiteren, dritten Besuch bei dem Staatssekretär des Reichsaussenministers, v. Schubert, abgestattet. Wie wir erfahren, wird im Laufe des heutigen Tages eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis dieser Besprechung herausgegeben werden, woraus sich bereits der politische Charakter der Unterhaltungen deutlich ergibt.

Dem gestrigen Empfang beim Reichszentralrat ging am Dienstag eine zweite Unterredung mit Staatssekretär v. Schubert voraus. Dr. Benesch, den nicht ein Auftrag nach Berlin führte, sondern der Wunsch, seine Erholungsreise mit Informationszwecken zu verbinden, schien auch im Hinblick auf die starke deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei eine Fühlungnahme mit den deutschen Stellen geboten. In den Unterredungen des Außenministers Dr. Benesch mit Staatssekretär v. Schubert wurden neben allgemeinen Fragen die Deutschland und die Tschechoslowakei besonders angehenden Probleme, sowie Völkerbundsangelegenheiten erörtert, denen er als Vorsitzender des Finanzkomitees des Völkerbundes besonders nahesteht.

Marshall Foch über die „Sicherung des Friedens“

W.B. Paris, 23. Mai. (Tel.) Einige Morgenblätter führen Äußerungen an, die Marshall Foch einem Interviewer gegenüber getan haben soll. In diesen Äußerungen, die die „Chicago Tribune“ wiedergibt, ist folgender Passus enthalten: Das Gelingen und die Entwicklung einer Nation ist das Ergebnis ihrer Ruhe und ihrer eigenen Arbeit. Sie hängt auch heute ab von der Aufrechterhaltung des Friedens an ihren Grenzen, jenes Friedens, den der gemeinsame Sieg geschaffen hat. Wie würde man inmitten der Erschütterungen der Welt die Sicherung dieses Friedens sich anders denken können, als in einer ununterbrochenen Verständigung zwischen den Völkern, die ihn errichtet hatten, angeht diejenigen, deren Grundzüge und Moral den Kampf entfesselt hatten und deren Gefühl, verbunden mit einer falschen Auffassung ihrer eigenen Interessen, noch heute überall einen Zustand der Unzufriedenheit und Angst zu erhalten droht?

Die erste Fahrt des Opel-Raketensystems

W.B. Berlin, 23. Mai. (Tel.) Auf der Ams-Bahn fand heute vormittag die erste offizielle Fahrt des Opel-Raketensystems statt. Die Vorführung ist voll gelungen. Früh von Opel startete mit dem Wagen um 10.45 Uhr und durchfuhr die Bahn mit einer Höchstgeschwindigkeit von 195 Kilometern. Am nicht unbeteiligten von 195 Kilometer. Um nicht unbeteiligte zu gefährden, war der Start 100 Meter von der Tribüne entfernt verlegt worden. Die geladenen Gäste und die Anwohner nahmen ihn zuerst durch plötzlich starke Detonationen wahr. Gleich darauf schweif vorbei. Nach der Fahrt wurden Früh von Opel, Sanders und Valier stürmisch gefeiert. Unter den Gästen befanden sich u. a.: Reichsfinanzminister Dr. Brücker, Reichsernährungsminister Schiele, Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium, Staatssekretär Dr. Weisner, Major von Hindenburg, Staatssekretär Kumbier von der Reichsbahn, der preussische Innenminister Orzestoff.

Auffstieg der „Italia“ zum Nordpol

W.B. Kongsban, 23. Mai (Tel.) Die „Italia“ ist heute früh um 4.20 Uhr bei günstigem Wetter wieder aufgestiegen. Es ist ein 82tägiger Flug nach dem Nordpol beabsichtigt. Die „Italia“ wird in gerader nördlicher Richtung bis zum 83. Breitengrad und sodann nach dem Nordpol fliegen.

Verleihung der Flieger-Ehrenmedaille an Chamberlin und Levine

W.B. Washington, 23. Mai. (Tel.) Der vom Senat eingebrachte Gesetzentwurf, der die Verleihung der Flieger-Ehrenmedaille an Chamberlin und Levine für die Durchführung des Fluges nach Berlin im vorigen Jahre vorsieht, ist mit einem befürwortenden Bericht dem Repräsentantenhaus zugeleitet worden.

Verhaftung polnischer Kommunisten

pr. Berlin, 23. Mai (Tel.) Gestern abend fand in den Saal der Reichshaus eine Versammlung von polnischen Kommunisten statt. Es wurde festgestellt, daß der Zweck der Versammlung und der Name, unter dem sie angemeldet worden war, fingiert waren. Die Polizei löste sie auf und nahm 26 polnische Kommunisten auf Lastautos mit zum Polizeipräsidium. Eine große Anzahl von ihnen war im Besitz von falschen oder ungültigen Papieren.

Der isländische Ministerpräsident in Berlin. Der isländische Ministerpräsident Thorhallson ist auf einer Informationsreise für einige Tage am Dienstag in Berlin eingetroffen. Sein Aufenthalt gilt besonders dem Studium landwirtschaftlicher Einrichtungen und dem Flugwesen, die er im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit in Island durch Vermittlung der betreffenden amtlichen und privaten Stellen kennen lernen will.

* Die Reichstagswahl und die Länder

Bei einer Betrachtung des Reichstagswahlergebnisses vom 20. Mai d. J. bleibt uns nur noch die Aufgabe übrig, festzustellen, wie sich das Ergebnis in den größeren Ländern des Reiches ausgewirkt hat. Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden Landeswahlen statt in: Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt. Natürlich ist es interessant, auch einmal zu untersuchen, wie in den anderen größeren Ländern die parteipolitischen Machtverhältnisse zur Zeit aussehen.

Was zunächst Preußen anlangt, so haben wir bereits mitgeteilt, daß dort dank dem Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate (von 114 auf 136) die regierende Weimarer Koalition so gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist, daß sie jetzt über eine sichere Mehrheit von vier Stimmen verfügt. Dennoch besteht wohl die Wahrscheinlichkeit, daß man auch in Preußen versuchen wird, die Große Koalition zu bilden, das heißt die Deutsche Volkspartei mit in die Koalition hineinzunehmen. Die Verhandlungen darüber werden schon in der allernächsten Zeit beginnen.

In Bayern hat die bisherige Koalition, bestehend aus Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund immer noch die Mehrheit, nämlich 76 Mandate. Demgegenüber haben die Sozialdemokraten 34 Mandate (bisher 25), die Kommunisten 5 (bisher 7), die Nationalsozialisten 9 (bisher 23) und die Deutsche Volkspartei 4 (bisher 0). Es ist kaum daran zu zweifeln, daß in Bayern die alte Koalition am Ruder bleiben wird. Sehr bezeichnend ist die schwere Niederlage, welche die Nationalsozialisten und Völkischen im Vergleich zu den letzten Landeswahlen erlitten haben.

In Württemberg liegen die Dinge wesentlich komplizierter. Die bisher regierende Koalition (Zentrum, Deutschnationale und Landbund bzw. Weingärtnerbund) verfügt jetzt nur noch über 37 Mandate, statt bisher 43. Da die Gesamtzahl der Mandate des Landtags 80 beträgt, hat sie nicht mehr die Mehrheit. Selbst wenn sie die vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei mit in die Koalition hereinnehme, würde sie nur über 41 Stimmen, das heißt, über eine schwache Mehrheit verfügen. In der Öffentlichkeit wird nun die Frage erörtert, ob nicht in Württemberg ein Wandel des bisherigen Regierungssystems Platz greifen wird, das heißt praktisch, ob nicht das Zentrum zusammen mit Sozialdemokraten, Deutscher Volkspartei und Demokraten eine Regierung der Großen Koalition bilden wird. Die Sozialdemokraten haben ihre Mandate von 13 auf 22 erhöht. Die Große Koalition würde in Württemberg über 51 Mandate verfügen. Das wäre eine mehr als ausreichende Mehrheit, eine Mehrheit, die sogar dicht an die Zweidrittelmehrheit heranreicht.

In Oldenburg ist gleichfalls ein sehr starker Rückgang eingetreten. Die Sozialdemokraten sind von 9 auf 14, die Kommunisten von 0 auf 2 Mandate gestiegen. In Oldenburg besteht die Möglichkeit, eine Koalition der Weimarer Parteien zu bilden: sie würde 28 Mandate umfassen und sich einer Opposition von 20 gegenübersehen. — Recht unangenehm ist die Situation in Anhalt geworden. Die bisherige Koalition (bestehend aus Sozialdemokraten, Demokraten und Bodenreformern) hat nicht mehr die Mehrheit, da die Demokraten und die Bodenreformer je ein Mandat (die Bodenreformer ihr einziges) verloren haben. Den 17 Mandaten der bisherigen Koalition (darunter 15 sozialdemokratische) stehen 18 Mandate der Opposition gegenüber, von denen 3 den Kommunisten gehören, sie somit das Fünftel an der Lage bilden.

Was nun die übrigen, größeren Länder anlangt, in denen keine Landeswahlen zugleich mit der Reichstagswahl stattfanden, so haben wir das Resultat in Baden ja bereits vorgestern eingehend besprochen. In Hessen ist ziemlich schlecht gewählt worden. Hessen ist der einzige Wahlkreis, in welchem die Sozialdemokraten an Stimmen verloren haben. Der Verlust kam in fast genauer Ziffer den Kommunisten zugute. Die Deutschnationalen haben allerdings noch viel schwerere Verluste zu verzeichnen: sie sind von rund 48 000 Stimmen auf rund 20 000 zurückgegangen. Auch die Deutsche Volkspartei hat zirka 7000 Stimmen verloren. Besonders empfindlich sind die Verluste der Demokraten. Dagegen hat sich

der Landbund bzw. die Christlich-nationale Bauernpartei recht gut gehalten. Und auch das Zentrum hat in Hessen nur einen geringfügigen Verlust von ein paar tausend Stimmen erlitten. Die regierende Koalition (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten) hat auch nach dem Stimmenergebnis dieser Reichstagswahl noch immer eine mehr als genügende Mehrheit.

Würden am letzten Sonntag in Thüringen Landeswahlen stattgefunden haben, so würden sie eine sogenannte „rote Mehrheit“ ergeben haben, die nicht weniger als 125 000 Stimmen beträgt. In Mecklenburg verfügen die beiden sozialistischen Parteien über eine Stimmenziffer, die dicht an die Mehrheit heranreicht. Sogenannte „rote Mehrheiten“ bestehen im Wahlkreis Hamburg, im Freistaat Sachsen, in den Wahlkreisen Potsdam I, Magdeburg, Südhannover-Braunschweig. Eine knappe „rote Mehrheit“ ist im Merseburger Wahlkreis und im Wahlkreis Osthannover vorhanden. Im Wahlkreis Potsdam II haben die beiden sozialistischen Parteien beinahe die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten.

Der Geschäftsbericht der Reichsbahngesellschaft

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft legt jetzt ihren Geschäftsbericht über das dritte Geschäftsjahr 1927 vor.

Der in den letzten Monaten 1926 beobachtete Verkehrsaufrschwung hat im Jahr 1927 angehalten. Der Güterverkehr hat erheblich zugenommen. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr waren infolge dieser Entwicklung höher, als man gegen Schluß des Geschäftsjahres 1926 erwarten konnte. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr waren ebenfalls größer als 1926. Das Gesamtergebnis des Jahres 1927 ist befriedigend. Weniger günstig hat sich im Geschäftsjahr 1927 die Liquidität der Gesellschaft entwickelt. Die inzwischen durchgeführte Begebung von 200 Millionen Goldmark Vorzugsaktien deckt den Kapitalbedarf des neuen Jahres nur zu einem Teil, hat aber die Geschäftsführung hinsichtlich der Kapitalrechnung einigermaßen erleichtert. Im allgemeinen Teil des Geschäftsberichtes werden dann die bereits aus der Denkschrift zur Tarifserhöhung bekannten Ausführungen gemacht, mit denen dargelegt wird, daß eine Erhöhung der Einnahmen notwendig ist.

Der Gesamtpersonalbestand wurde im Berichtsjahr um etwa 2600 Köpfe vermindert. Die jährliche Pensionslast ist auf 500 Millionen gegenüber 121 im Jahre 1913 gestiegen. Nach dem Betriebszuschuß stellen sich die Einnahmen im Personenverkehr auf rund 1,4, im Güterverkehr auf rund 3,2 Milliarden Reichsmark, sonstige Einnahmen auf rund 433 Millionen Reichsmark. Die persönlichen Ausgaben betragen rund 2,1 Milliarden Reichsmark, die sachlichen Ausgaben rund 1,8, mithin Ausgaben für Betrieb und Unterhaltung rund 3,4 Milliarden Reichsmark. Die Ausgaben für Erneuerung der Reichsbahnanlagen beliefen sich auf rund 720,9 Mill. Reichsmark, sodas sich die gesamten Ausgaben der Betriebsrechnung auf rund 4,2 Milliarden Reichsmark stellen. Der Betriebsüberschuß beträgt mithin 880,5 Mill. Reichsmark.

Der Schacht-Prozess

In der Dienstprüfung des Schacht-Prozesses in Moskau führten vier weitere Belastungszeugen Einzelheiten über die vom Ingenieur Veresowski herbeigeführten Schächterfäufung und anderer schädigender Handlungen an. Sie wiesen darauf hin, daß er die Arbeiter schlecht behandelte und die österreichischen Kriegsgefangenen mißhandelt habe. Weiter habe er Arbeiter gehindert, im Jahre 1920 an die polnische Front zu gehen. Der angeklagte Ingenieur Kalganoff gefand, zusammen mit Veresowski und Genossen an der gegenrevolutionären Organisation beteiligt gewesen zu sein, ferner eine Belohnung erhalten und andere Belohnungen weitergeleitet zu haben.

Nachdem der vom Deutschen Metallarbeiterverband für die deutschen Angeklagten vorgeschlagene Rechtsanwalt Munte vom Gericht abgelehnt worden ist, sind für die deutschen Angeklagten nur diejenigen Verteidiger als Offizialverteidiger tätig, die vom Präsidium des Kollegiums der Verteidiger gestellt wurden.

Das erweiterte Frauenwahlrecht in England. Das Oberhaus nahm am Dienstag in zweiter Lesung mit 114 gegen 85 Stimmen die Vorlage an, die den Frauen von 21 Jahren an das gleiche Wahlrecht gibt, das die Männer besitzen.

Historische Schloßkonzerte in Bruchsal

Erst zwischen noch munter einige Schwalben um die den Ehrenhof säumenden Giebel des Schlosses und durch geschlossene Fensterläden dringt das letzte in linder Mailuft befindliche Tageslicht. Dann mahnt in dem von mattem Kerzenglein erleuchteten Fürstensaal zwischen den alten, von schmutzigen Musikanten in Kubenperiode und heiteren Kostümlinien zu neuem Leben erweckten Konzertstücken ein helles Silberglöcklein an fast vergessene Stunden, und tritt man während der Pause auf die dem Park zugedachte große Terrasse, so spiegelt sich drunten im Schloßteich der Mond, wie beim Theater inmitten der Baumkulisfen aufgehängt, die als schwärze Silhouetten den weiten Horizont prachtvoll begrenzen.

Das ist der äußere Rahmen der Bruchsaler historischen Schloßkonzerte, die nun seit einer Reihe von Sommern alljährlich mehr an magnetischer Kraft gewinnen und die für viele ein halb wirkliches, zur anderen Hälfte ein aus träumerischer Verunsicherung auftauchendes Erlebnis bedeuten. Aber auch rein künstlerisch und ohne jede Sentimentalität betrachtet, weil ein Steptiker immerhin die historisierende, wenn schon in solcher Umgebung ganz natürlich wirkende Aufmachung als romantischen Mumpis ablehnen könnte, scheint der Musik von Jahr zu Jahr die Verührung mit dem alten Heimatboden besser zu bekommen. Fritz Jodely hat jetzt z. B. aus der Gräfl. von Schönbornschen Bibliothek einige Kostbarkeiten aufgestöbert und bearbeitet, bei denen sich eine Verdichtung über den etwas engagierten Bruchsaler Kreis zweifellos lohnen würde. Der programmatische Auffassung nach, die sich heute prinzipiell mit dem Begriff „historisches Konzert“ verbindet, muß man sogar wünschen, daß die mit dem Orchesterquartett von Carl Stamiz angestellten Reubelebungsversuche nicht nur auf die Bruchsaler Sören beschränkt bleiben. Auch die wiederentdeckte Trifonate Händels ist trotz des Cellopartizipates eine Partitur, die keineswegs bloß dem musikalischen Cercle in Bruchsal zugänglich sein, sondern bald allgemeiner der Freunde guter Hausmusik werden sollte! Mit den Arien ist freilich eine andere Sache, zwar nicht weil sie an die paradiesische, festliche Braut eines Barockraumes

Nach den Wahlen

Das Zentrum hat nur 61 Sitze

Der in der Pfalz in den Reichstag gewählte Abgeordnete Baierbörfer ist in der ersten Zusammenstellung über das Ergebnis der Reichstagswahlen fälschlicherweise dem Zentrum zugerechnet worden, während er tatsächlich zur Bayerischen Volkspartei gehört. Die Zahl der Zentrumsmandate im neuen Reichstag ermäßigt sich also von 62 auf 61, während sich die Fraktionsstärke der Bayerischen Volkspartei von 16 auf 17 Sitze erhöht. Der Verlust des Zentrums gegenüber seinem bisherigen Bestand beträgt also 8 Sitze.

Wahlprotest in Württemberg

Gegen die Zuteilung der Sitze für den württembergischen Landtag werden die Volksrechtspartei und die Nationalsozialistische Partei, die beide leer ausgegangen sind, Einspruch erheben, mit der Begründung, daß der Artikel 20 des Landtagsgesetzes der Reichsverfassung widerspreche.

Die künftige Koalition in Bayern

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz befaßt sich mit den Koalitionsmöglichkeiten im neuen bayerischen Landtag. Sie findet drei Lösungen: 1. Wiederherstellung der alten Koalition, 2. Bayerische Volkspartei, Bauernbund und Sozialdemokraten, und schließlich Bayerische Volkspartei und Sozialdemokraten allein. Die Bayerische Volkspartei könne sich aber nur auf ein Koalitionsprogramm festlegen, das einer auf Erhaltung des bayerischen Staates und auf Erhaltung der föderalistischen Grundlagen des Deutschen Reiches hinielenden Politik dienen könne.

Zum Zusammentritt des preussischen Landtages

Der neue preussische Landtag wird voraussichtlich in der Woche vom 11. bis 16. Juni zusammentreten; als Termin wird der 12. Juni genannt. Ein früherer Termin wird schon deshalb nicht in Frage kommen können, weil die endgültige Feststellung über die Zusammenfassung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Insbesondere muß abgewartet werden, ob sich bei Doppelmmandanten in die Frage kommenden Abgeordneten für die Landesliste oder für den Wahlkreis entscheiden.

Landtagspräsident Bartels ist am Freitag aus Baden-Baden nach Berlin zurückgekehrt; sein Gesundheitszustand hat sich sehr erheblich gebessert. Da die Sozialdemokraten auch im neuen Landtag den Präsidenten stellen werden, sie sind ja die stärkste Fraktion, bleibt abzuwarten, ob Bartels mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auch für den neuen Landtag in Frage kommt. Sollte das nicht der Fall sein, so wird die sozialdemokratische Fraktion, wie wir hören, den Abgeordneten Keulert nominieren, der ja bereits früher Landtagspräsident gewesen ist.

Die Beteiligung der Frauen an den Wahlen

In den württembergischen Städten Stuttgart, Ulm und Heilbronn haben die Männer und die Frauen getrennt abgestimmt. Das Ergebnis macht dem staatsbürgerlichen Eifer der Frauen alle Ehre; es haben mehr Frauen als Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Zahl der wahlberechtigten Frauen größer war als die der Männer. In Stuttgart haben abgestimmt zum Reichstag 91 512 Männer, 97 545 Frauen; zum Landtag 90 469 Männer, 96 555 Frauen; in Ulm zum Reichstag 13 340 Männer, 14 581 Frauen; zum Landtag 13 290 Männer, 14 549 Frauen; in Heilbronn zum Reichstag 12 158 Männer, 13 229 Frauen; zum Landtag 12 069 Männer, 13 151 Frauen.

Die Hamburger Giftgasangelegenheit

Gegenüber Äußerungen der englischen Presse, wonach wegen der Giftgasangelegenheit in Hamburg eine Enquete des Völkerbundes gewünscht wird, wird darauf verwiesen, daß die Herstellung von Phosgen und der Handel mit ihm in Deutschland nicht ohne weiteres gegen den Versailler Vertrag verstößt. Die Herstellung ist gewissen Firmen erlaubt, der Handel ist frei. Ob im vorliegenden Falle ein Verstoß gegen das Kriegsgesetz vorliegt, ist noch nicht klargestellt. Die J.-G.-Farbenindustrie-A.-G. stellt fest, daß sie zur Firma Stolzenberg keinerlei Verbindungen unterhält und daß das in Hamburger Hafen befindliche Phosgen nicht von ihr oder einem der ihr angeschlossenen Werke geliefert worden ist.

Von den Erkrankten sind bis jetzt 10 gestorben. Bei drei Schwerekranken ist der Befund zur Zeit noch zweifelhaft. Alle übrigen Kranken sind außer Lebensgefahr. Die Erkrankten sind teils im Krankenhaus Garburg, teils im Krankenhaus St. Georg in Hamburg untergebracht worden.

Im ober-schlesischen Bergbaukonflikt wurden drei Schiedsprüche gefällt. Sämtliche Erhöhungen gelten ab 1. Juni 1928.

Die Plaidoyers im Colmarer Autonomistenprozess

Die erste Hälfte der Diensttagverhandlung wurde ausgefüllt durch den Schluß des Plaidoyers des Rechtsanwalts Jaegle. Er erinnerte an die wechselnden Schicksale, die das Elsaß in den letzten 50 Jahren durchzumachen hatte. Nicht das Elsaß sei weiterwendig gewesen, sondern es sei wie eine Wetterfahne den verschiedenen Windströmungen ausgesetzt gewesen. Dr. Adlin und Kunzmaier Solven mühten reha-bilitiert aus dem Prozeß hervorgehen. Die Tragik des Elsaß bestehe darin, daß die Elsaßer es früher den Deutschen und jetzt den „Franzosen nicht recht“ machen könnten. Die Deutschen hätten von den verdammten Elsaßern gesprochen, die Franzosen hielten Männer, wie Adlin, der während des ganzen Krieges seinen eigenen Landsleuten geholfen habe, ins Gefängnis.

Als zweiter Anwalt ergriff Verteidiger Jourrier das Wort. Er erklärte, das Leitmotiv des Staatsanwalts sei gewesen, den Autonomismus als eine deutschfreundliche Bewegung hinzustellen, die kein anderes Ziel habe, als das Elsaß wieder zu Deutschland zu bringen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Elsaß von 1871 bis 1914 sei sehr gut gewesen. Die Verzögerung des Landes sei dem Elsaß selbst zugute gekommen. Jetzt flößen die Reichstümer des Landes in die Kassen des Comité des Forges. Auch sei bei dem Verkauf von wichtigen Fabriken, die früher in deutschen Händen waren, das Elsaß geschädigt worden. Hier liege die wirtschaftliche Ursache des Autonomismus. Die Landwirtschaft habe ihre natürlichen Abgabengebiete nach Deutschland hin. Der Weinbau im Elsaß sei seit Kriegsende um die Hälfte zurückgegangen. Es sei eine Klage, zu behaupten, daß das Elsaß französisch sei. Es sei vielmehr erst durch den westfälischen Frieden 1648 an Frankreich vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation abgetreten worden. Die französische Revolution habe die Einheit des Elsaß geschaffen. Die Assimilierung sei durch Einführung der Guillotine im Elsaß erfolgt. Die Elsaßer hätten aber ihre Tradition und ihre Muttersprache verteidigt. Im 1846 haben die obersten Schichten im Elsaß französisch zu sprechen begonnen, während die unteren Schichten weiter deutsch sprachen. Das habe zu dem gleichen Zustand geführt; wie jetzt, daß weder französisch noch richtig deutsch gesprochen werde. 1871 habe Frankreich, wie Deroulde sich ausdrückte, das Elsaß aufgegeben, um sich selbst zu retten. Rechtsanwalt Jourrier entwickelte dann die Geschichte des Elsaß nach 1871, den Übergang von der militärischen Verwaltung zur Zivilverwaltung. Er beglich den Oberpräsidenten des Elsaß, der vor Einführung des Statthalters im Amt war, mit dem Oberkommissariat, das Millerand 1919—1920 mit Unterstützung des Nationalrates ausübte. Von den Abgeordneten, die das Elsaß in den Reichstag sandte, seien zwei Drittel Parteifrageordnete gewesen. Deutschland habe dem Elsaß gewisse autonomistische Möglichkeiten gegeben. Die Alldeutschen hätten allerdings dagegen protestiert. Wenn man ihre Proteste aus jener Zeit nehme und das Wort „deutsch“ durch das Wort „französisch“ ersehe, dann habe man den Titel des Heßes im „Journal“ von heute.

In der Nachmittags-sitzung führte Jourrier seine geschichtlichen Ausführungen fort. Er erwähnte, daß wie sich aus einer Geheimnote des französischen Botschafters in Petersburg vom 14. Februar 1917, ergebe, die Kriegsziele Frankreichs die Erlangung Elsaß-Lothringens, aber auch des Saarlandes bedens gewesen seien. Wenn man die deutsche Bildung der Elsaßer als ein Verbrechen ansehe und sie beseitigen wolle, dann wäre es doch am einfachsten, ihnen den deutschen Kopf überhaupt durch die Guillotine abzuhacken zu lassen. Rechtsanwalt Jourrier schließt mit einem Appell an die Brüderlichkeit der Völker und den Frieden.

Rechtsanwalt Klein zieht in seinem Plaidoyer eine Parallele zwischen diesem Prozeß, mit seinem ungeheuren Material an beschlagnahmter Korrespondenz, das nichts beweise, und einem ebenfalls zur Wahlzeit, 1920, in Straßburg geführten politischen Prozeß, dem sogenannten Neutralistenprozeß, bei dem alle Angeklagten unter dem Befehl der Bevölkerung von Straßburg freigesprochen wurden. Das Elsaß habe eben eine Doppelkultur. Während Napoleon III. die deutsche Sprache als zweite nationale Sprache zuließ, habe man kürzlich mehrere deutschgeschriebene Zeitungen im Elsaß verboten unter Berufung darauf, daß sie in einer Fremdsprache abgefaßt seien.

Heute, Mittwoch, haben noch fünf Rechtsanwälte zu plaidieren. Das Ende des Prozesses wird nunmehr für Donnerstag vorgesehen.

Der Generalstaatsanwalt Jachot hat bei seiner Anklagerede am 21. Mai behauptet, daß der Ausgangspunkt der elsäß-lothringischen Autonomiebewegung eine von Dr. Robert Ernst geleitete elsäß-lothringische Abteilung im Deutschen Schutzbund sei. Demgegenüber stellt der zurzeit in Eisen lagende Deutsche Schutzbund fest, daß eine elsäß-lothringische Abteilung bei ihm nie existiert hat und daß zwischen ihm und der Autonomiebewegung in Elsaß-Lothringen eine Verbindung weder bestanden hat noch besteht, auch von ihm niemals gesucht worden ist.

Gegenüber den Behauptungen des Staatsanwaltes Jachot über Zusammenkünfte von Autonomistenführern in der St. Jakobstraße in Basel gibt der Industrielle Otto Köchling folgende Erklärung ab: „Zu meinem großen Erstaunen ersehe ich aus der Zeitung, daß mein Name von seiten des Herrn Staatsanwaltes mit dem Autonomistenprozeß in Colmar zusammengebracht wird. Ich erkläre hiermit auf das Bestimmteste, daß die diesbezüglichen Aussagen des Herrn Staatsanwaltes absolut unannehmbar sind und jeder Begründung entbehren. Ich habe weder direkt noch indirekt mit der Autonomiebewegung zu tun gehabt. gez. Otto Köchling. — Diese Erklärung wurde dem Präsidenten des Gerichtshofes und den Verteidigern telegraphisch übermittelt.“

Rechtsanwalt Dr. Wilds, Zürich, teilt zu den Äußerungen des Staatsanwaltes mit: „Ich protestiere gegen die kreditwürdigen Äußerungen des Staatsanwaltes. Seine neuesten Auslassungen in der Anklagerede, die in allen wesentlichen Punkten der Begründung entbehren, stehen offenbar auf der gleichen Stufe wie die vielfach als hallos festgestellten Aussagen des Straßburger Geheimpolizisten. Man kann nur vermuten, daß sie auf die gleichen trüben Quellen zurückgehen. Gegen einen dieser in der Schweiz tätigen Spitzel ist eine Untersuchung bei den zuständigen schweizerischen Stellen bereits anhängig gemacht worden.“

Der Verfassungstag als Nationalfeiertag. Der Reichsausschuß für innere Verwaltung, Geschäftsordnung und Verfassung beschäftigte sich am Dienstag in vertraulicher Sitzung mit dem Antrag Breuens auf Erhebung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag. Der Bericht des Reichsausschusses kommt in der nächsten Vollsitzung des Reichsrats am Donnerstag nachmittag zur Verhandlung. Wie der „Vorwärts“ meldet, stimmte der Geschäftsausschuß des Reichsrats dem preussischen Antrag zur Erhebung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag zu.

gebunden waren. Wo finden sich jedoch gegenwärtig Sängerrinnen, welche deren entzückende Melodien so stilvoll zu improvisieren vermögen wie Nia Ginster (Wiesbaden), der man mit doppelter Freude deshalb an dieser Stelle ihrer schönsten Triumphe wiederbegegnete? Im übrigen hatte die Ortsgruppe Bruchsal des Landesvereins Badische Heimat, der die Vorbereitung der Konzerte obliegt, zum ersten Male statt lokaler Kräfte das Kammerorchester des Badischen Konservatoriums verpflichtet und damit eine recht glückliche Wahl getroffen. Wohl hätte der Musik des Saales entprechend da und dort in Entzückungen vor allem der Klang noch etwas edler und kammermäßiger sein dürfen, zumal die Konstante vielfach durch das benutzte Klavier (aus Schloßbesitz) genau fixiert war, im ganzen leisteten jedoch die Spieler Vorzügliches und zeigten sich mit der Generalbasspraxis durchaus vertraut. An ihrer Spitze stand Josef Weisner, der außerdem mit einem Violoncello in A-Dur von einem unbekanntem Autor als Geiger einen starken Sondererfolg sich errang. Eine Bemerkung, die bei künftigen Aufführungen leicht der drangvollen Enge auf dem Podium abhelfen könnte, sei noch gestattet: Alte Stücke (von Chodowicki) und selbst das berühmte „Nötenkonzert in Sanssouci“ von Menzel belehren uns, daß die meisten Spieler bei der Ausübung ihres Berufs standen. Sinds auch heute keine Bediensteten mehr, die wie damals auf einem Fürstenschloß oder in einem Bischofsspalas zur musikalischen Unterhaltung herangezogen werden, so sollte man trotzdem um der historischen Treue willen und dann eben auch aus praktischen Erwägungen in Bruchsal wieder zu der Originalstellung zurückgreifen.

Badisches Landestheater. Sonntag, den 27. Mai (Pfingsten), geht in vollstündiger Neueinstudierung und Neuausstattung Richard Wagners „Lohengrin“, unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krips und der szenischen Leitung von Oberregisseur Otto Krauß in Szene. Die Bühnenbilder von Lorsten Hecht und die Kostüme von Margarete Schellenberg wurden nach deren Entwürfen in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. Die technische Einrichtung befragt Rudolf Walat.

Abschluss der Tagung des Genfer Wirtschaftsrates

Der Wirtschaftsrat des Völkerbundes in Genf hat am Samstag in einer langen Schlussitzung seinen Bericht an den Völkerbundrat über das Arbeitsprogramm der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes für das neue Jahr festgestellt und damit seine Tagung abgeschlossen. Für die jeweils notwendig werdenden Vorarbeiten wird die Einsetzung von besonderen Sachausschüssen und für den Fall, daß sich eine internationale Aktion als notwendig erweise, die Einberufung einer Konferenz empfohlen. Der Bericht, der in seinem ersten Teile einen ausführlichen Überblick über wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahres gibt, appelliert am Schlusse an den Willen aller in Betracht kommenden Faktoren zur eifrigen Mitarbeit. Der Vorsitzende Dubois unterstrich in seiner Schlussansprache diesen Appell im Interesse der endgültigen Befriedung des Wirtschaftslebens.

Die 9. Tagung des Deutschen Schutzbundes

Für Grenz- und Auslandsdeutschstum nahm mit einer Begrüßungsansprache im Duisburger Rathaus ihren Anfang. Oberbürgermeister Jarres begrüßte die zahlreich Erschienenen, darunter viele aus dem Ausland, worauf der Vorsitzende des Schutzbundes, Dr. v. Lösch, dem Oberbürgermeister dankte. Sodann begaben sich die Mitglieder nach Essen. Im Hotel „Kaiserhof“ gab Dr. v. Lösch den eingeladenen Vertretern der Presse einen Überblick über das Streben und die Ziele des Bundes. Es gelte, bei allen in der Welt verstreuten Volksgenossen das Bewußtsein zu stärken, daß sie ein lebendiges Glied einer überstaatlichen Volksgemeinschaft von rund 100 Millionen seien. Abends fand im städtischen Saalbau ein avangoloses Zusammensein der erschienenen Vertreter des Schutzbundes statt.

Das größte Flugzeug der Welt

Auf der Dornierwerft in Altenrhein ist in letzter Zeit das größte Flugzeug der Welt gebaut worden. Es soll demnächst seine ersten Probeflüge über dem Bodensee machen. Das Flugzeug „Do X“ hat 12 Motore mit 5000 PS und wird damit um die Hälfte stärker sein, als die Motorenanlage des demnächst fertig werdenden Zeppelinluftschiffes Z L 127. Das Flugzeug soll den geregelten Transatlantikverkehr durchführen. Dieser Aufgabe entsprechend, also für die Verwendung auf Hochseestrecken, ist der Rumpf des Flugzeuges konstruiert, dessen besonders starke und widerstandsfähige Konstruktion auch den hohen Wellen des Atlantik Trotz bieten soll. Der Führerstand der „Do X“ wird sich in seiner Ausrüstung mit nautischen Instrumenten kaum noch von dem eines Schiffes unterscheiden. Zwei Piloten, zwei Monteure, ein Funker und wahrscheinlich auch ein Kapitän werden die Besatzung der Maschine bilden, die nach den bisherigen Berechnungen 25-30 Passagiere, sowie große Mengen Fracht und Post mit befördern können. Insbesondere richten sich die Dornierwerke auf die Mitnahme großer Fracht ein, da die Zahl von Ozeanflugpassagieren in der ersten Zeit wahrscheinlich nicht allzu groß sein dürfte.

Kurze Nachrichten

Der Fall Jakubowski. Der frühere sächsische Justizminister Dr. Wünger hat den Auftrag der Mecklenburg-Strelitzschen Regierung, als Gutachter im Falle Jakubowski tätig zu sein, angenommen, und wird sich demnächst mit der Strelitzer Regierung in Verbindung setzen.

Der neue Vorstand der Emdener Bürgerchaft. Infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des kommunistischen Büros der Bürgerchaft in Emden durch Magistratsbeschluss, fand am Dienstag eine Neuwahl statt. Zum Bürgervorsitzer-Wortführer wurde ein Vertreter des Ordnungsbundes, Dr. Hoppen, zum stellvertretenden Wortführer ein Sozialdemokrat, zum ersten Schriftführer ein Kommunist und zum zweiten Schriftführer ein Mitglied der Liste der Mitte gewählt.

Die Wälder des Altwatergebirges. Wie die Prager Wälder melden, traf das staatliche Bodennamt dieser Tage eine Entscheidung, wonach alle Wälder im mährischen Grenzgebiet des Altwatergebirges, mit Ausnahme der Waldgüter, die bisher zum Breslauer Bistum gehörten, endgültig in das Eigentum des tschechoslowakischen Staates übergehen. Das bischöfliche Waldgebiet wird im Zusammenhang mit der endgültigen Lösung der Frage der Abgrenzung später gleichfalls in den Besitz des tschechoslowakischen Staates einverleibt werden.

Die litauisch-polnischen Verhandlungen in Berlin. Die am Montag nachmittags in Berlin aufgenommenen Beratungen der polnisch-litauischen gemischten Kommission für die juristischen Fragen sowie für den kleinen Grenzverkehr zwischen Polen und Litauen wurden am Dienstag fortgesetzt.

Närritt des Außenministers der Nanjingregierung. Wie Savas aus Schanghai meldet, ist der Außenminister der Nanjingregierung zurückgetreten. Seine Gegner machen ihm sein Entgegenkommen gegenüber den Amerikanern und besonders den Japanern zum Vorwurf.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl in Wetzlar wurde bei Staußen wurde der bisherige Bürgermeister Oskar Wagemann mit 100 Stimmen wiedergewählt. Nachdem die Amtsperiode des Bürgermeisters Oad in Redarhausen ihrem Ende entgegen geht, hat der Gemeinderat beschlossen, die Wahl des neuen Bürgermeisters am Sonntag, den 3. Juni vorzunehmen.

In der Bürgerauschussitzung Durlach wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Baukosten in diesem Jahr wesentlich geringer ist als im Vorjahre. Die städtische Sparkasse Durlach wird im Rechnungsjahr 1928 Wohnungsbaukredit im Gesamtbetrag von 400 000 RM, auf die Dauer von fünf Jahren zur Verfügung stellen. Auch die Erweiterung des städtischen Krankenhauses beschäftigte den Bürgerauschuss. Nach einem vom städtischen Hochbauamt gemachten Vorschlag soll zur Gewinnung von weiteren Krankenzimmern usw. das zweite Obergeschloß des ehemaligen Fahrzeugs- und Kammergeschloßes und das Erdgeschloß des Hauptgebäudes der ehemaligen Markgrafentafel mit einem Kostenaufwand von 140 000 RM umgebaut werden. Der Bürgerauschuss genehmigte diese Vorlage.

Neubau des Gaswerks Offenburg. Der Bürgerauschuss Offenburg wird sich demnächst mit einem städtischen Antrag zu befassen haben, das städtische Gaswerk mit einem Kostenaufwand von 125 000 RM umzubauen. Das Gaswerk hatte 1912 einen durchgreifenden Umbau erfahren. Damals wurde ein neues Ofenhaus aus Eisenbeton erstellt mit 6 Kollgeneratoren. Die normale Betriebszeit für solche ist nur 4 Jahre.

Das Gaswerk Singen, der A.G. für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen in Berlin gehörend, gibt bekannt, daß mit Wirkung vom 1. Mai die allgemeinen Gaspreise entsprechend der Erhöhung der Kohlenpreise wie folgt festgesetzt wurden: 24 Pf für den Kubikmeter für die Städte Singen, Adolfszell und Aberglingen und 26 Pf für die Orte Bödingen, Göttingen, Arlen und Aberglingen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuss des Landtages nimmt heute seine Beratungen wieder auf. Wie man hört, will das Plenum in der zweiten Pfingstwoche mit der Budgetberatung beginnen und diese bis Ende Juli zum Abschluss bringen.

Konsularische Vertretung Bolivians

Der zum bolivianischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannte Victor Ruiz ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Heidelberg unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Wals eine Vorstandssitzung ab. Über ihr Ergebnis wird berichtet:

Die Anträge der Zentrumsfraction und der demokratischen Fraction des Landtags auf Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes wurden eingehend beraten. Mit Rücksicht auf die teilweise schon verabschiedeten Voranschläge sollte die Gesetzesänderung erst mit dem 1. April 1929 in Kraft treten. Andernfalls müßte es den Städten freigestellt werden, die Steuergrundbeträge im laufenden Rechnungsjahre nach dem Gesetz in seiner bisherigen Fassung oder nach der Novelle zu berechnen. Die beabsichtigte Berechnung des Gewerbeertrags nach dem Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre erscheint mit Rücksicht auf die hierdurch entstehenden technischen Schwierigkeiten und die zu erwartenden Steuererlöse nicht annehmbar.

Es erscheint grundsätzlich wünschenswert, daß bis zur Erlassung des Reichs-Grundsteuerrahmengesetzes auch in Baden wie in Preußen und Württemberg, eine einstufige Regelung dahin getroffen wird, daß in Gemeinden, in denen die Umlage für die Grundsteuer eine bestimmte Höhe überschreitet, die Vermieter der der Zwangswirtschaft unterliegenden Wohngrundstücke berechtigt sind, den über diese Höhe hinausgehenden Betrag auf die Mieter umzulegen.

Der Vorschlag des Ministeriums der Finanzen, daß in den größeren Städten die Steuerlisten der Beamten, Angestellten und Arbeiter den in Frage kommenden Behörden zur Weiterleitung an die zuständige Kasse mitgeteilt werden, erscheint nicht zweckmäßig, da hierdurch Mehrlöcher und Verzögerungen des Verfahrens entstehen würden. Die beabsichtigte Neuregelung ist daher abzulehnen.

Dem Antrag der Landwirtschaftskammer, daß ihre Umlagen künftighin durch Städte statt wie bisher durch die Finanzämter eingezogen werden sollen, kann aus grundsätzlichen und allgemeinen Gesichtspunkten nicht entsprochen werden. Ebenso ist der Antrag der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, daß künftighin mit der alljährlichen Neuaufstellung der Betriebsverzeichnisse auch besondere Hebräerregister angefertigt werden, mit Rücksicht auf die hierdurch entstehende erhebliche Mehrarbeit abzulehnen.

Die Einführung der Selbstversicherung für die Unfallversicherungspflichtigen Gemeindebetriebe gemäß § 628 RVO wurde grundsätzlichen beschlossen.

Aus der umfangreichen Tagesordnung sind noch folgende Punkte zu erwähnen: Steuerpflicht für Entscheidung der Gemeinderäte, Aufwertung von Schuldscheindarlehen, Vergütung der Werkstättenlehrer an den Gewerbeschulen, Dienstweisung für die Postunterbeamten der Gemeinden und Körperschaften und anderes mehr.

Baden und die Auftragserteilung der Reichspost

Der bisherige Reichstagsabgeordnete F. J. Sommer beschäftigt sich in „Bad. Beob.“ mit der Auftragserteilung durch die Reichspost. Er führt u. a. aus:

„Nicht nur, daß Baden bei großen Aufträgen als Stiefkind behandelt wird, werden nun auch die kleineren Aufträge und Bedürfnisse der Reichspost aus Norddeutschland bezogen. In Nr. 30 des Amtsblattes des Reichspostministeriums vom 30. März 1928 wird angeordnet und festgelegt, woher die einzelnen Oberpostdirektionen ihre Bedürfnisse an Bedarfsgegenständen und Bürountersilien zu befriedigen haben. Nach dieser Bekanntmachung muß die RPD Karlsruhe beziehen:

von der RPD Hamburg die Briefbeutel für Überseeversenden; die Hausbücher, Emallschilder usw. müssen von der RPD Düsseldorf bezogen werden, die Markenmappen, Stühle und Ehemel sind von der RPD Hannover zu beziehen. Frankfurt a. M. hat zu liefern: Schreibmaschinenteile, Schutz- und Sonderleitung für Kraftwagenführer und Werkstättenarbeiter, Stempelunterlagen, Schreibuntersilien usw., von der RPD Dortmund muß Baden die eisernen Kleiderchränke und eisernen Kofferlagergestelle beziehen.

Aus dieser Anordnung spricht die Verständnislosigkeit der Berliner Stellen gegenüber der badischen Wirtschaft. Diese Leute wissen anscheinend nicht, wie gerade Baden durch den verlorenen Krieg und die ungünstige geographische Lage zu leiden hat. Sie wissen anscheinend auch nicht, daß Baden bereits in seiner ganzen Länge Grenzland ist und von seinem früheren Absatzgebiet Elbfischtrugingen und das Saargebiet verloren hat. Anstatt nun diesem notleidenden Wirtschaftsgebiet zu helfen, wird vom Reichspostministerium die RPD Karlsruhe gezwungen, die notwendigen Bedarfsgegenstände aus Norddeutschland zu beziehen.

Auch in Hessen sieht es nicht viel besser aus. So hat die RPD Darmstadt im Sommer 1927 einige Bahnhofsanlagen bei einem Wagenbauer in Offenbach in Auftrag gegeben. Als dies die Zentralstelle in Berlin erfuhr, wurde durch Berlin die Aufhebung der Bestellung verfügt. Der Auftrag wurde alsdann in Berlin ausgeführt.“

Lohnbewegungen in Baden

Vorläufig keine Einigungsansichten im Rheinschiffahrtsstreik. Der Schlichter für das Rheinland hatte am Mittwoch in Köln die streikenden Parteien zu einer Aussprache über den Rheinschiffahrtsstreik geladen. Die Arbeitnehmer beharrten jedoch auf einer Lohnsteigerung, während die Arbeitgeber am Lohnabbau festhielten, so daß die Unterredung ergebnislos verlief. Die Bildung einer Schlichterkammer kam bei der Unnützigkeit beider Parteien nicht in Frage.

Die städtische Sparkasse Kastatt hat einer großen Anzahl Sparere, die ihr Guthaben bei dieser Kasse nach dem 15. Juni 1922 ganz abgehoben und die Sparkassen aufgelöst haben, Erbschaftparaböhen über zum Teil recht erhebliche Beträge zugesandt. Diese nach dem genannten 15. Juni 1922 abgehobenen Guthaben unterliegen bestimmungsgemäß kraft Rückwirkung der Aufwertung. Die Sparkasse hat zu dem geschuldeten Satz von 12½ Prozent die noch freibleibende Höheraufwertung von 6¼ Prozent gewährt und den Einlegern zur Verzinsung ab 1. Januar 1927 gutgeschrieben. Die Sparere werden diese größtenteils unerhoffte Aufwertung der Sparkasse zu danken wissen.

Aus der Landeshauptstadt

Verlängerte Gültigkeit der Sonntagsruckschiffahrt zu Pfingsten. Die Sonntagsruckschiffahrt haben auch wieder über die Pfingstfeiertage erweiterte Gültigkeit. Sie gelten zur Hin- und Rückfahrt ab Freitag vor Pfingsten, 12 Uhr mittags. Zur Rückfahrt gelten die Karten nur am Pfingstsonntag und Pfingstmontag, sowie am Dienstag. Am Dienstag muß die Rückfahrt spätestens bis 9 Uhr vormittags angetreten sein.

Die Reichsbankstelle Karlsruhe hält am Samstag vor Pfingsten ihre Geschäftsräume von 12 Uhr ab geschlossen.

Tagung. Gemeinsam mit dem Badischen Landeswohnungsverein findet am 9. und 10. Juni in Karlsruhe der 16. ordentliche Verbandstag des Badischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen statt.

Der 109er Tag in Karlsruhe. Die Wiederkehrsfest der ehemaligen 109er steht vor der Tür, und die badische Landeshauptstadt rüstet sich zum Empfang. Die Kameradschaft ehemaliger 109er hat zu diesem Feste eine geschmackvolle Broschüre herausgegeben, die neben der Festordnung zahlreiche interessante Beiträge enthält. Aus dem Programm des Festes selbst dürfte das Jubiläumskonzert des Jägerbataillons Konstanz, der Traditionskapelle des I. Badischen Leibgrenadierregiments Nr. 109 in der Festhalle am Freitag, den 1. Juni, die Gedächtnisfeier für die Gefallenen am Grenadierdenkmal und der große Zapfenstreich am Samstag, den 2. Juni, sowie der Festzug am Sonntag besonders interessieren. Karlsruhe wird in diesen Tagen eine Hochflut von Besuchern aufweisen (darunter auch den Badischen Volksfestverein New York), die in der Folge wenig nachlassen wird, da andere bedeutende Tagungen, Kongresse und Ausstellungen sich unmittelbar anschließen.

Vortrag des Karlsruher Bezirksvereins des Vereins Deutscher Ingenieure in Karlsruhe. Eines der wichtigsten Wirtschaftsprobleme unserer Zeit stellt die Frage der Motorisierung Deutschlands dar. Inmitten der allgemeinen Wirtschaftskämpfe tritt immer wieder die Frage nach Nationalisierung und Leistungssteigerung der Betriebe hervor, zum Zwecke größerer Rentabilität und Sicherung der deutschen Wirtschaft. Fraglos fällt dabei der Motorisierung eine entscheidende Aufgabe zu. Der Karlsruher Bezirksverein des Vereins Deutscher Ingenieure in Karlsruhe hat deshalb die Frage des Ausbaues der Entwicklung und der Zukunft des deutschen Kraftfahrzeugwesens als Thema für einen Vortrag angesehen, der am 31. Mai 1928, 20 Uhr, im neuen Maschinenbauhofsaal der Technischen Hochschule in Karlsruhe stattfinden wird. Der Vortrag, der von einer großen Reihe interessanter und ausgearbeiteter Lichtbilder begleitet sein wird, soll „Die deutsche Automobilindustrie. Ihre volkswirtschaftliche, technische und soziale Bedeutung“ eingehend behandeln und nicht nur allen am Kraftfahrzeug, sondern auch den am modernen Leben und Verkehr Interessierten eine willkommene Darbietung sein.

Sieben Jahre Zuchthaus für den Postbetrüger. Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte am Dienstag den Wähler Schneider Friedrich Wilhelm Weingartner von Karlsruhe wegen Totschlagversuchs und Rückfallbetrugs unter Verfolgung mildernder Umstände zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 7 Jahren, 5 Jahren Ehrverlust und 1000 Reichsmark Geldstrafe, wofür letztere durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. In der Urteilsbegründung wurde nachdrücklich unterstrichen, daß die Beamten in Ausübung ihrer Pflicht des höchsten Schutzes bedürfen. Angesichts der zunehmenden Fälle von Gewaltanwendung gegenüber Beamten sei schwerste Strafe am Platze.

Verschiedenes

Audreise der „Bremen“-Flieger am 9. Juni

Nach einer Meldung der „Associated Press“ wird in den „Bremen“-Fliegern nachstehenden Kreisen erklärt, die „Bremen“-Flieger würden am 9. Juni mit dem Lloyd-Dampfer „Colombus“ nach Deutschland abreisen.

Die „Bremen“-Flieger sind Dienstag vormittag 9 Uhr von Albany kommend in Montreal (Kanada) eingetroffen und wurden in den Straßen von großen Menschenmengen begeistert begrüßt. Am Abend waren die Gäste bei einem Bankett, das die Stadtverwaltung veranstaltete. Vorher hatte im Stadthaus ein offizieller Empfang stattgefunden, an dem sich eine Hundsfahrt der Flieger durch die Stadt anschloß. Sie besuchten ferner den Remplatz, und Fitzmaurice verteilte nach dem Kennen die Preise an die Sieger.

Gemäldebefälschungen

Die Frankfurter Kriminalpolizei hat eine große Fälscherfabrik aufgedeckt, in der hauptsächlich die Fälschung wertvoller Gemälde, meist alter Meister, betrieben wurde.

Mißhandlung von Polizeibeamten

Zwei Polizeibeamte, die heute, Mittwoch, früh in der Alexanderstraße in Berlin vor einer Gastwirtschaft einen Arbeiter festnehmen wollten, wurden von etwa 150 Personen umringt, zu Boden geschlagen und mit Füßen getreten. Der eine Beamte erlitt mehrere Rippenbrüche. Als weitere Polizeibeamte hinzueilten, flohen die Angreifer. Nur der Haupttäter konnte festgenommen werden.

Die Nordpolflyger Wilkins und Gieson

sind in Bergen (Norwegen) eingetroffen, wo ihnen von einer gewaltigen Menschenmenge stürmische Ovationen bereitet wurden.

Der spanische Massenmörder

W. B. Madrid, 22. Mai (Tel.) Die Zeitungen melden aus Barcelona, daß mehr als 1000 Personen sich an der Verfolgung des Mörders beteiligen, der gestern in seinem Heimatdorf zahlreiche Kinder und zwei Frauen getötet hatte. Bisher sind alle Nachforschungen erfolglos geblieben. Es wird angenommen, daß er sich in eine Schlucht gestürzt hat.

Ein neues Grubenunglück in Amerika

Ein neues Grubenunglück ereignete sich durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerk in Kentucky. 50 Bergleute konnten sich retten, 25 werden vermisst. Eine Anzahl Leichen wurde bereits geborgen.

Bücheranzeigen

Richard Slowronnel: „Geimat, Geimat!“, Roman. Verlag Allstein, Berlin. Von neuem ist Richard Slowronnel auf den Boden zurückgekehrt, mit dem seine naturhafte Erzählergabe am innigsten vertraut ist und dessen Schilderung seinen Romanen eine so starke Volkstümlichkeit, eine Leserschaft von Millionen Hunderttausenden verschaffte, in seine ostpreussische Geimat. Die Handlung ist glänzend aufgebaut, und die Spannung steigert sich bis zum Schluß.

Otto Flate: „Die Simona“, Roman. Verlag Allstein, Berlin. Ein Roman aus dem Konstantinopel der Vorkriegszeit. Bewegt in der Handlung, gepflegt in der Form. Er ist in der Reihe der „gelben Allsteinbücher für 1 RM“ erschienen.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die kleinen Teilwirbel verursachten auch gestern vielfach wolkiges Wetter mit Strichregen und lokalen Gewittererscheinungen. Dazwischen kam es wiederholt zu Aufhellungen, jedoch ohne zeitgemäße Erwärmung. Wir gelangen heute an den Rand der gestrigen Tiefdruckrinne. In ihr hat sich aber ein Teilwirbel vor der holländischen Küste verstärkt und verhindert vorläufig ein weiteres Vordringen des westlichen Hochdruckgebietes. Dieses wird zudem durch den neu aufgetauchten ozeanischen Luftwirbel südwärts gedrängt, während bei Island abermals Hochdruck Einfluss gewinnt. — **Vorausfrage für 21. Mai:** Immer noch wolkig, kühl und zeitweise Regen, nur vorübergehend aufheiternd.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mannheim, 23. Mai. Die größte Partei in Mannheim war am Wahlsonntag die Partei der **Nichtwähler**. Von 102 744 Wahlberechtigten haben nur 112 747 abgestimmt. Die Nichtwähler hätten also bald ein Mandat erhalten.

D.3. Heidelberg, 2. Mai. Gestern Abend gelang es überraschenderweise, in einem in Ludwigshafen wegen Zechbetrug festgenommenen Betrüger den Täter festzustellen, der in der Nacht zum 3. Mai bei einem Einbruch den Schuhmann Kern erschoss und einen zweiten Schuhmann verletzete. Der Verfolgte, der die Tat sofort eingestanden, ist der 25-jährige Franz Ries aus Heidelberg. Ein Mittäter, der gestern abend noch kurz vor seiner Verhaftung aus Ludwigshafen fliehen konnte, ist in der vergangenen Nacht in Mannheim festgenommen worden. Die beiden haben sich nach der Heidelberger Tat im Wald bei Heidelberg am Tage darauf getroffen und waren dann nach Basel gefahren. Von dort kamen sie in der vergangenen Woche über Neuchâtel nach Frankfurt a. M., wo sie anscheinend einen Einbruch verübten, und von dort nach Ludwigshafen.

Id. Bretten, 21. Mai. In der Nacht zum Montag brach in der Scheune des Eisenwarenhändlers Konrad Blum Feuer aus, das in kurzer Zeit auf das Haus der Lichtspieltheater, einen Schopf des Eisenermeisters Groll und ein Magazin des Kaufmanns Eßelborn übergriff. Die ersten Gebäude wurden bis auf den Grund zerstört, außerdem die Giebel der Vorderhäuser von Blum und Groll schwer beschädigt. Es dürfte ein Gebäude-schaden von über 20 000 Reichsmark entstanden sein.

D.3. St. Blasien, 21. Mai. Der bekannte Kurarzt Dr. Ernst Moog ist hier im Alter von erst 38 Jahren nach einer schweren Operation gestorben. Nachdem er zuerst als praktischer Arzt hier tätig war, übernahm er im Jahre 1926 beim Übergang des Hotels und Kurhauses St. Blasien an den Preussischen Lehrerverein Magdeburg, die ärztliche Leitung dieses Hauses.

D.3. Obersimonswald, 21. Mai. In den letzten Tagen wurde hier eine Weistanne, die eine Länge von 42 Metern mit 20 Ferkeln im Inbiss aufwies, gefällt. Drei Mann konnten sie gerade in Bruchhöhe umspannen.

Id. Müllheim, 22. Mai. Eine äußerst seltene **Abereinstimmung** der Wahlziffern der Reichstagswahl vom Dezember 1924 und Mai 1928 hat der Bezirk Müllheim aufzuweisen. In den 31 Ortschaften des Bezirks hat die sozialdemokratische Partei in den beiden Wahlgängen die gleiche Stimmenzahl erhalten, nämlich 1212.

Id. Freiburg i. Br., 22. Mai. Vor dem Großen Schöffengericht begann gestern die Verhandlung gegen den Kohlenhändler Ganz, der beschuldigt wird, bei Kohlenlieferungen an verschiedene Firmen und an die Stadtverwaltung durch falsche Gewichtangaben dieselben bis zu 90 000 Reichsmark betrogen zu haben. Die Lageristin Gehler sagte aus, daß sie von dem Mitangeklagten, dem Produzenten Damm, genaue Anweisungen über den Gebrauch des Schiebers an der Waage erhalten habe. Sie habe sich mit dem Betrug einverstanden erklärt, weil die Firma durch Ausverlufte große Einbußen erlitten habe. Auch der Firmeninhaber Ganz habe sie aufgefordert, die Gewichtsmengen zum Nachteil der Rundschaft zu fälschen. Sie habe sich dem Anfinnen gefügt, weil sie durch eine Weigerung ihre Stellung verloren hätte. Der Angeklagte Damm gab an, sein Prinzipal habe ihm erklärt, die Verluste der Firma müßten durch einen Mehrgewinn infolge falscher Gewichte wieder gedeckt werden. Sein Prinzipal habe ihn auch über die Handhabe des Schiebers aufgeklärt, und auf Verlangen des Chefs habe er auch Frau Gehler unterrichtet. Der Hauptangeklagte Ganz verwarf sich mit aller Schärfe gegen diese Behauptungen der Mitangeklagten. Er sei stets bedacht gewesen, die Rundschaft recht zu bedienen. Von der ganzen Schieberaffäre habe er gar keine Kenntnis gehabt. Das Mindergewicht der Waggons aus den Zechen sei durch Kohlen aus dem eigenen Lager gedeckt worden. Der Prozeß wird wohl einige Tage in Anspruch nehmen.

Id. Säckingen, 22. Mai (Todesfall). Hier starb nach kurzer Krankheit Justizrat Camill Lauf im Alter von 56 Jahren. Der Verstorbenen war der älteste Sohn des Landgerichtsdirektors und Landtagsabgeordneten Karl Lauf und wirkte seit 1900 in Säckingen.

Id. Lörrach, 22. Mai. Vier deutsche Kriegsteilnehmer die sich krankheitsbedingt in Lothron in der Westschweiz aufhalten, haben sich, um ihrer Wahlpflicht zu genügen, am Sonntag zum nächsten Wahllokal und zwar nach Lörrach begeben. Eine Sanitätswache war am Bahnhof erschienen, um die vier Kriegsteilnehmer nach dem nächsten Wahllokal zu bringen. Einer mußte mittels Tragbahre dorthin befördert werden.

Staatsanzeiger

Dem katholischen deutschen Frauenbund Hessens wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 21. Mai 1928.

Der Minister des Innern
F. A.: Dr. A. Jung

Betrieb eines Totalisators durch den Verein für Pferdezücht Mannheim-Sandhofen-Scharhof.

Dem Verein für Pferdezücht Mannheim-Sandhofen-Scharhof ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am Pfingstmontag, den 28. Mai 1928, auf dem Gelände des früheren Luftschiffhafens in Mannheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 21. Mai 1928.

Der Minister des Innern
F. A.: Dr. A. Jung

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Gustav Böller in Legernau, Amt Schopfheim.

Zurückgesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit:

Gendarmeriehauptwachmeister Ernst Roser in Achern.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Gewerbelehrer Adolf Bender an der Gewerbeschule in Karlsruhe zum Direktor dafelbst.

In den Ruhestand versetzt:

Hauptlehrerin Maria Bellung an der Mädchenrealschule in Offenburg auf ihr Ansuchen.

Verstorben:

Hauptlehrer Wilhelm Seel in Singen a. S., Amt Konstanz. Hauptlehrer Max Kahler in Lörrach. Gerichtsoberverwalter Karl Rudolf Kraus beim Amtsgericht Pforzheim.

Am
Samstag,
den 26. Mai 1928
bleiben unsere Geschäftsräume
von 12 Uhr ab
geschlossen
Reichsbankstelle:
Wilhelm Körber
623

Am
Pfingsttag, den 26. Mai 1928
bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume
geschlossen
Badische Girozentrale Zweiganstalt Karlsruhe
Baer & Elend
Darmstädter u. Nationalbank Filiale Karlsruhe
Veit L. Homburger
Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe und Depositenkassen
Straus & Co.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft Filiale Karlsruhe und Depositenkasse
626

Rheinische Hypothekbank in Mannheim.

1. Bekanntmachung.
Mit Zustimmung unserer Aufsichtsbehörde werden wir gemäß Art. 84 D. V. O. zum Aufw.-Ges. eine zweite Ausschüttung in Höhe von 5% des Goldmarkwertes der teilnahmeberechtigten Papiermarktsparbriefe vornehmen.
Dieselbe erfolgt in der Weise, daß auf jeden eingelieferten **Katenschein Nr. 1** die Hälfte des auf demselben angegebenen Goldmarkbetrages in Liquidationsparbriefen bzw. Zertifikaten mit Zinslauf ab 1. Januar 1928 ausbezahlt wird.
Die Katenscheine sind nach Nummern geordnet bei uns einzureichen; mitzubringen ist ein den Kennbetrag und die Stückzahl der eingereichten Stücke enthaltendes Verzeichnis. Formulare hierfür können bei uns bezogen werden.
Sendungen ohne beigelegte Formulare können bei dem großen Geschäftsumfang nicht sofort bearbeitet werden und müssen daher vorläufig zurückgelegt werden.
Eine Befugung über die eingereichten Katenscheine ist ausgeschlossen, da diese sofort entwertet werden.
Die Auszahlung bzw. Verfertigung erfolgt unsererseits kostenfrei der Reihe nach nur an den Einreicher der Katenscheine und wird voraussichtlich etwa Ende Mai beginnen.
Werden Katenscheine Nr. 1 bis zum Ablauf von 3 Monaten nach der 3. Veröffentlichung dieser Aufforderung im Deutschen Reichs-Anzeiger nicht eingereicht, so ist die Bankberechtigte, den auf diese Katenscheine entfallenden Anteil zu hinterlegen, sofern nicht innerhalb der Frist der Antrag auf Einleitung des Aufgebotsverfahrens oder auf Zahlungssperre nachgewiesen ist.
Mannheim, den 19. Mai 1928. 624

Rheinische Hypothekbank.
Die Herstellung einer Bahnsteig-Unterführung im Bahnhof Redarsteinach soll öffentlich vergeben werden. Die Arbeiten umfassen etwa 1580 cbm Erdbewegung, 120 cbm Betonfundamente, 70 cbm Betonmauerwerk, 22 cbm Quader, 75 qm Abdeckplatten, 89 Stück Treppentritte, 3000 kg Eisenteile für Fahrbahnbette, Entwässerungsanlagen und dergl. Zeichnungen mit Bedingnisbest liegen auf dem Baubüro Redarsteinach zur Einsicht auf. Angebotsbordrude werden dort abgegeben. Bauwerkszeichnung zum Preise von 3,00 RM erhältlich. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei, unterzuzufügen und mit der Aufschrift: „Bahnsteig-Unterführung im Bahnhof Redar.“

Frühjahrsmesse 1928 betr.
Die diesjährige Frühjahrsmesse beginnt am 2. Juni und endet am 12. Juni 1928. Am Fronleichnamstag, den 7. Juni 1928, bleibt die Messe geschlossen. Während dieser Zeit bleibt der Mesplatz für den öffentlichen Fuhrwerksverkehr gesperrt.
Wroscheln, Kraftwagen usw. sind auf der Durlacher Allee, entlang dem Bordstein, zwischen Schlachthaus und der westlichen Mesplatzstraße, Fahrräder, Kinderwagen und Handwagen sind auf der östlichen Seite des Mesplatzes zwischen der mittleren und östlichen Mesplatzstraße der Durlacher Allee entlang aufzustellen.
Karlsruhe, den 21. Mai 1928. D.3. 48
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Staats-Lotterie
Die **Auszahlung** der Gewinne aus der 2. Klasse, sowie die Erneuerung der Lose zur 3. Klasse der
31./257. Preuß.-Südd. Klassenlotterie
beginnt am
Mittwoch, den 23. Mai 1928
in meinen beiden Geschäften.
Schluß der Erneuerung: 622
5. Juni 1928.
Zwerg
Badischer Lotterien-Einnehmer
Karlsruhe i. B.
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828
Postcheckk. 17808

Wirtl. Kriegsbeschädigten-Geldlotterie.
Ziehung 19. Mai 1928.
In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:
Je 50 RM.: Nr. 12244, 19390, **Je 10 RM.:** 12623, 12768, 19252, 19913, 23744, 30169, 41539, 48206, 48845, 48847, 48947, 55889. **Je 5 RM.:** Nr. 3061, 3532, 6144, 6283, 6470, 6490, 6576, 6917, 12097, 12147, 12270, 12316, 12991, 19790, 23412, 23788, 23814, 30054, 30130, 30162, 30274, 30317, 30350, 30523, 37010, 37228, 37781, 37881, 41165, 41785, 41962, 48064, 48097, 48267, 48565, 48599, 55785.
Je 2 RM. gewinnen sämtliche Losnummern mit nachstehenden drei Endzahlen (sofern nicht schon mit höherem Treffer gezogen):
Nr. 087, 096, 103, 182, 219, 222, 223, 249, 262, 291, 319, 322, 361, 364, 365, 389, 398, 418, 442, 463, 492, 525, 531, 545, 552, 564, 580, 610, 617, 653, 673, 713, 717, 725, 727, 761, 769, 800, 803, 812, 826, 866, 883, 906, 972. 625
Gewinnauszahlung sofort bis 19. August 1928.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 24. Mai 1928
*D 27 (Donnerstagnächte)
Th.-Gem. 901—1000
Der Bettelstudent
von Müllacker
Musikalische Leitung:
Josef Krips
In Szene gesetzt von
Otto Krauß
Palmatica
Laura
Bronislawa
Ollendorf
Wangenheim
Henrici
Schobert
Schweinitz
Nichtsofen
Vogumil
Eva
Janicki
Eymon
Bürgermeister
Onuphrie
Enterich
Riffle
Puffe
Mei
Anfang 19
I. Rang u. I. Sperritz 7 RM
Fr. 25. Mai:
Keine Vorstellung.
Sa., 26. Mai: Oberstag.
Weiner
Fang
Blank
Löffler
Schmitt
Frey
Eblund
Sindemann
Seiberlich
Weyrauch
Ofer
Lauffötter
Krentzow
Nagel
Kilian
Gräßinger
Kalmbach
Gräßinger
Aras

COLOSSEUM
täglich abends 8 Uhr
Revue
Große
Kleinigkeiten
32 Bilder v. Rolf Röder
ca. 50 Mitwirkende.
Durlach. Vereinsregister.
Eingetragen am 18. Mai
1928: Haus- und Grund-
besitzerverein Durlach, Sitz
Durlach. 624
Amtsgericht I